Argentinisches Tageblatt

Sonnabend, 21. Juli 2001 | 112. Jahrgang Nr. 31.311

Generalstreik

Buenos Aires (dpa/AT) - Der Generalstreik gegen die Sparpolitik der Regierung von Staatspräsident Fernando de la Rúa hat am Donnerstag große Teile der Wirtschaft Argentiniens lahm gelegt. Der öffentliche Nahverkehr kam im gesamten Land fast völlig zum Erliegen. Millionen Arbeitnehmer konnten deswegen nicht zur Arbeit, die Folge ist in den meisten Fällen ein Lohnabzug durch den Arbeitgeber.

Auf den Straßen von Buenos Aires stapelte sich der Müll, Krankenhäuser konnten nur einen Notdienst aufrechterhalten. Nur Taxen und sporadisch verkehrende U-Bahnen, Vorortzüge und einige Busse waren im Einsatz. Mehrere Eisenbahnwaggons, ein Bus und ein Taxi wurden von unbekannten „piqueteros“ in Brand gesetzt.

Zu dem sechsten Generalstreik seit dem Amtsantritt de la Rúas hatten alle drei großen Gewerkschaftsverbände (CGT, Dissidenten CGT und CTA) aufgerufen. Sie protestierten damit gegen die geplanten Kürzungen von 13 Prozent bei Renten über 300 Pesos und Gehältern der Staatsbediensteten. Bereits am Mittwoch hatten zehntausende Beamte aus Protest gegen das Sparprogramm die Arbeit niedergelegt.

De la Rúa und Wirtschaftsminister Domingo Cavallo hatten vergangene Woche angesichts der befürchteten Zahlungsunfähigkeit Argentiniens eine Haushaltspolitik des „Null-Defizits“ angekündigt. Die Lage an den Finanzmärkten entspannte sich daraufhin aber nur kurzzeitig. Das Länderrisiko Argentiniens stieg am Streiktag wieder um 4 Prozent auf fast 1.600 Basispunkte, der Börsenindex Merval sank zeitgleich um 1,67 Prozent auf knapp 320 Punkte. Grund ist die Unsicherheit der Finanzwelt, nachdem in der Allianz und bei der Opposition bereits schon wieder alternative Sparmodelle diskutiert werden.

Entsprechend der am Donnerstag vom Nationalen Statistikamt (INDEC) veröffentlichten Arbeitslosenzahlen suchten im Mai 2001 2.283.000 Menschen eine Beschäftigung (16,4 Prozent), 206.000 mehr als im Vergleichsmonat des Vorjahres.

Der Unabhängigkeitspakt

Mit einem politischen Paukenschlag erster Güte verkündete Präsident de la Rúa zur Feier der Unabhängigkeit am 9. Juli in Tucumán, dass der argentinische Staat keinen Kredit mehr erhält und künftig mit Nulldefizit nur auf die laufenden Einnahmen aus Steuern und anderen echten Einnahmen angewiesen sein wird. Daraus leitete die Regierung die Bezeichnung des Unabhängigkeitspaktes ab, damit sich die Nation vom Zinsjoch befreit und wieder unabhängig handeln kann.

Die Stunde der Wahrheit hatte geschlagen. Wirtschaftsminister Cavallo folgte mit der Mitteilung, dass Beamten- und Ruhegehälter sowie Schulden an Lieferanten ab Juli mit einem Diskont bezahlt werden würden, damit die Rechnung des Schatzamtes mit Nulldefizit aufgeht.

Am Platz und im Ausland horcht man zwar auf, glaubte aber zunächst kein Wort, zumal die Politiker der Regierungskoalition und der Opposition sogleich Zeter und Mordio schrien, weil die Ruhegehälter gekürzt werden würden. Der Regierung de la Rúas wurde unterstellt, dass sie keinerlei politische Unterstützung geniesse. Das Nulldefizit war demnach politisch im Eimer und nicht durchführbar. Entsprechend vermehrte sich täglich die Länderrisikoprämie bis auf nahezu 1.700 Basispunte, während zahllose verängstigte Sparer mit der in solchen Szenarien üblichen Hysterie Depositen aus den Banken abzogen. Die Zinssätze für Tagesgelder sprangen bis auf über 200 Prozent per annum in die Luft, während Bonds- und Aktienkurse taumelten. Die Kommentare im In- und Ausland verhiessen Zahlungseinstellung und Abwertung.

Nichts dergleichen geschah, sondern vielmehr das Gegenteil. Das Nulldefizit als Staatsziel setzte sich durch. Die Allianzpolitiker hiessen das Ziel ebenso gut wie die justizialistischen Gouverneure. UCR-Vorsitzender Alfonsín ärgerte sich über die Unterlassung in der Rede des Präsidenten am Sonntagabend, weil dieser nicht gesagt hatte, dass UCR und Frepaso mit dem Nulldefizit einig gehen. Die justizialistischen Gouverneure warteten, bis die beiden Regierungsparteien mitmachten, um dann am Dienstag ebenfalls einen Pakt mit der Regierung zu vereinbaren.

Die Frepaso-Führung in Abwesenheit des demissionierten Vizepräsidenten „Chacho“ Alvarez, die Sozialminister Juan Pablo Cafiero, Regierungschef Aníbal Ibarra und Fraktionsvorsitzender Darío Alessandro bilden, hiessen das Nulldefizit ebenfalls gut. Cafiero unterzeichnete als Minister das Notstandsgesetz, das die schmerzhaften Sparmassnahmen einführt. Frepaso und Radikale blieben bei der Stange, wiewohl sie sich die Einsparungen und Steuerleistungen anders als die Regierung vorstellten und mit eigenen Vorschlägen aufwarteten.

Der Konsens zwischen Regierung und Opposition hatte das politische Wunder bewirkt, dass alle mit dem Nulldefizit einverstanden sind. Die Kreditsperre war richtig ausgelegt worden. Niemand ist mehr bereit, die auswuchernden Staatsausgaben Argentiniens bei unglaublicher Steuerhinterziehung zu finanzieren. Dieses Fest ist nun zu Ende, und zwar endgültig.

Minister Cavallo zog die Konvertibilität als Vergleich herbei, die er selber vor zehn Jahren eingeführt hatte und die seither mit dem Verbot der Geldschöpfung erfolgreich gewirkt hat, indem künftig das Nulldefizit ebenfalls die Rolle eines Fiskalankers der öffentlichen Hand spielen wird. Keine Geldschöpfung und keine Nettoverschuldung mehr. Nur die Fälligkeiten der Staatsschulden müssen refinanziert werden, wie es weltweit alle Schatzämter täglich verrichten. Bei Nulldefizit entfällt die Neuverschuldung, so dass die Sparmittel der Privatwirtschaft zwecks Wachstum zur Verfügung stehen werden.

Künftig werden von den laufenden Steuereinnahmen die Zinszahlungen sowie die im letzten Fiskalpakt mit den Gliedstaaten vereinbarte Monatszuwendung von 1.364 Millionen Pesos als Beteiligungssteuern abgezogen, damit der Restbetrag soweit gekürzt wird, dass das Nulldefizit verwirklich wird. Für das dritte Quartal gibt es Kürzungen von 13 Prozent der Beamten- und Ruhegehälter sowie der Lieferantenzahlungen. Abgesehen davon wurden die höchsten Gehälter auf 6.800 Pesos im Monat gesenkt, welchen Betrag der Kabinettschef bezieht.

Dass die Kürzung der Ruhegehälter über 300 Pesos im Monat die Politiker besonders aufregt, ist durchaus verständlich. Ohne Schmerz lässt sich aber eine Sanierung des Staatshaushaltes nicht durchsetzen. Sie sollte vorübergehend sein, sofern die Steuereintreibung sich verbessert, damit die Gehaltskürzung abnimmt.

Unterdessen hat die Regierung einen klaren Sieg davon getragen, indem sie in nur einer Woche alle massgebenden Politiker im Land überzeugt hat, dass mit dem Nulldefizit gelebt werden muss. Die Nationalregierung behauptet, ab Juli bereits Nulldefizit auszuweisen. Mehrere Provinzen haben längst kein Defizit mehr, andere befinden sich nahe des Nulldefizits und alle müssen bis Mitte 2002 ihre Ausgaben und Einnahmen ins Gleichgewicht bringen, ebenso die über 2.000 Gemeinden. Schuldenmacherei zwecks Finanzierung auswuchernder Ausgaben und Korruption soll der Vergangenheit angehören.

Der Politiker Fernando de la Rúa hat plötzlich gezeigt, dass er fähig ist, harte Sanierungsmassnahmen in die Wege zu leiten und durchzusetzen. Als Regierungschef der Stadt Buenos Aires hatte er schon in nur zwei Jahren das geerbte Defizit ausgeräumt. Seither befindet sich die Stadt im Nulldefizit. Jetzt kommt die Nation dran, samt Provinzen und Gemeinden. Gelingt dieser Wurf, dann geht de la Rúa in die Geschichte ein als der Präsident, der die Staatsfinanzen saniert hat wie einst Nicolás Avellaneda in den siebziger und Carlos Pellegrini in den neunziger Jahren des 19. Jahrhunderts, deren Angedenken stets in Ehren gehalten werden.

Auf die Sanierung der Staatsfinanzen folgt der Aufschwung der Wirtschaft, die seit drei Jahren gerade als Konsequenz des Staatsdefizits in einer Dauerrezession dahinvegetiert.

Pakt zwischen Regierung und PJ

Aber kein Einverständnis der Gouverneure für Renten- und Gehaltskürzungen

Nach fünf Tage dauernden Bemühungen, Versicherungen und Gegenerklärungen nahmen die PJ-Gouverneure am Dienstag zusammen an einem Tisch mit Präsident Fernando de la Rúa Platz. Am Ende übernahmen sie die Verpflichtung, sich der von Domingo Cavallo ausgebrüteten „Null-Defizit-Politik“ anzuschließen. Im Rahmen eines Aktes in der Casa Rosada unterschrieben sie ein entsprechendes Abkommen, das Reminiszenzen an den seinerzeitigen „Pakt von Olivos“ weckt. Allerdings hatte die Regierung seit Montag bereits die Grenzen des sich am Horizont ankündigenden Abkommens registriert: Die Justizialisten wichen einem Einverständnis für die Renten- und Gehaltskürzungen aus, die im letzten Sparpaket vorgesehen sind.

Tatsächlich ist am unterzeichnete Abkommen, das unter anderem eine Verpflichtungsklausel der Regierung enthält, die Schulden der Nation bei den Provinzen umgehend zu zahlen, unterschiedlich zu dem, dem die Allianzgouverneure am Sonntag zustimmten.

„Apoyo Institutional para la Gobernabilidad“, Institutionelle Unterstützung für die Regierbarkeit ist der Titel des Abkommens, dessen Text im Weißen Salon der Casa Rosada mit dem Einverständnis der 14 Provinzen ankam. An der einen Seite de la Rúas saß Kabinettschef Chrystian Colombo, neben diesem Manuel de la Sota, während an der anderen Seite neben dem Präsidenten der bonaerenser Gouverneur Carlos Ruckauf Platz genommen hatte. Wirtschaftsminister Domingo Cavallo hingegen hatte sich in der zweiten Sitzreihe neben Innenminister Ramón Mestre plaziert.

Präsident de la Rúa am Dienstag bei der Unterzeichnung des Sparplans. Links PJ-Gouverneur Ruckauf.

(AP-Foto)

Fernando de la Rúa hielt eine kurze Ansprache, in der er sagte: „Nur mit Anstrengung und Arbeit werden wir diese Situation überwinden, da es magische Rezepte nicht gibt“, und fügte hinzu: „Dies ist eine Revolution, die die politische, wirtschaftliche und soziale Geschichte des Landes für viele Jahre ändern wird.“ Aus der Regierung verlautete, der Präsident habe die Geste des PJ gebraucht, „um das Vertrauen der Märkte wiederzugewinnen“. Allerdings weiß man, dass das Abkommen nicht das Allheilmittel ist, wenn es auch Anlass für einen gewissen zurückhaltenden Optimismus ist.

Ganz anders auf der Seite der PJ-Gouverneure, wo alles andere als Erfolgsstimmung herrschte, hatte man doch praktisch keinen Spielraum für eine Ablehnung des Abkommens gehabt. Ein wenig auch deshalb, weil die Mehrzahl der Provinzen Finanzprobleme haben und darauf angewiesen sind, dass das Wirtschaftsministerium die geforderten Mittel überweist, damit sie ihre Verpflichtungen bereinigen können.

Ausdrücklich versicherten die Gouverneure Néstor Kirchner (Santa Cruz) und Eduardo Fellner (Jujuy) sowie der Untersekretär für die Provinzen, Hugo Garnero, gegenüber Finanzsekretär Jorge Baldrich, dass sie der unerfüllten Versprechungen der Nationalregierung müde seien. Es war dies ein Manöver, sich vor Verlassen der Casa Rosada trotz Abkommen von den Sparmaßnahmen zu distanzieren. Néstor Kirchner etwa, der ausdrücklich feststellte, er brauche derartige Maßnahmen nicht, da die Finanzen in seiner Provinz ausgeglichen seien.

Blair besucht Argentinien

Der britische Premierminister Tony Blair wird am 1. August bei einem Kurzbesuch in Argentinien mit Staatspräsident Fernando de la Rúa über die Verbesserung der bilateralen Beziehungen sprechen. Der Besuch in Puerto Iguazú ist die erste Reise eines britischen Regierungschefs seit dem Krieg beider Länder um die Malwinen (Falkland) 1982.

Argentiniens Außenminister Adalberto Rodríguez Giavarini sagte am Dienstag vor Journalisten in London, Großbritannien habe jetzt auch den Widerstand gegen Buenos Aires als Sitz des Sekretariats des Antarktis-Vertrages aufgegeben. Bei einem Gespräch mit seinem britischen Amtskollegen Jack Straw habe Giavarini erklärt, London stimme nun dem Sekretariat in Argentinien zu.

Weiterhin unvereinbar blieben die Positionen in der Frage der Malwinen. Giavarini sagte, er habe die argentinische Haltung bekräftigt, wonach Verhandlungen über die Souveränität stattfinden müssten. Straw habe die britische Position wiederholt, wonach solche Verhandlungen ausgeschlossen seien. Giavarini betonte angesichts der wirtschaftlichen Krise in Argentinien, er sei nicht gekommen, um wirtschaftliche Hilfe zu erbitten.

Randglossen

Die Spitzengewerkschafter, die die Streiks zum Ärger der unschuldigen Bevölkerung organisierten, waren wütend über die Zumutung der Arbeitsministerin Patricia Bullrich, dass sie auch eine 13prozentige Kürzung ihrer Gehälter wie die Beamten, Rentner und Staatslieferanten hinnehmen und dass sie die Arbeitnehmer auffordern sollten, eine Arbeitsstunde zugunsten der Rentner zu opfern. Gewerkschafter pflegen in Argentinien zunächst ihre persönlichen Finanzen auf dem freundlichen Umweg der Gewerkschaftskassen zu nähren, über die sie bisher niemals eine Rechenschaft abgelegt oder gar einer Revisorengesellschaft erlaubt haben, Bücher und Belege zu prüfen. Gewerkschaftsgelder bleiben geheim, damit niemand erfährt, wie die Kassen geführt werden.

Aussenminister Adalberto Rodríguez Giavarini konnte in London ein Geschenk des Premierministers Tony Blair zu Handen der argentinischen Republik einheimsen. Die britische Regierung verzichtete auf ihr Veto, dass Buenos Aires als Sitz des Antarktisvertrages zugelassen wird, wie es alle anderen Mitglieder schon vor neun Jahren vereinbart hatten. London hielt stur am Veto fest. Der Vorwand bestand darin, dass die argentinische Regierung Militärpersonal in der Antarktis unterhielt, was inzwischen fallen gelassen wurde, ohne dass London beigab. Mit dieser britischen Entscheidung fällt eine weitere Hürde in den Beziehungen zwischen beiden Länder, die seit zwölf Jahren weitgehend normalisiert worden sind. Damals wurde der bildliche Regenschirm vereinbart, unter dem die Hoheitsansprüche beider Regierungen auf die Inseln im Südatlantik ruhen. Daran ändert das Sekretariat des Antartikvertrages nichts, das gelegentlich in Buenos Aires amtieren wird.

SERVICIOS DIGITALES
www.multimedia.com.ar
O'Higgins 4380 - CP 1429 - Buenos Aires - Repœblica Argentina
Tel/Fax: (54-11)4704-0977 - info@multimedia.com.ar

Sparen fängt bei den Rentnern an

Unterversorgte werden den Gürtel noch enger schnallen müssen

Die Kürzung der Leistungen der Altersversorgung, die von der Regierung beabsichtigt wird, betrifft rund 696.000 Rentner und Pensionsempfänger. Mit dieser Einsparung werden rund 16.500 Personen in das Heer der 297.000 armen alten Leuten eintreten, die heute Rente oder Pension beziehen. Dies sind die wesentlichsten Schlussfolgerungen einer Untersuchung des Meinungsforschungsinstitutes Equis.

„Die einzige Einnahme, über die viele dieser Haushalte verfügen ist die Rente oder die Pension eines der Mitglieder des Haushaltes“, erklärte der Soziologe Artemio López von Equis und fügte hinzu: „Die Armen unter den alten Leuten betragen neun Prozent der Bevölkerung, doch mit den neuen Maßnahmen werden es 9,5 Prozent sein.“

Kabinettschef Chrystian Colombo hatte am Sonntag bekanntgegeben, dass die Kürzungen Rentner und Pensionsinhaber betreffen werden, deren Leistung höher ist als 300 Pesos monatlich. Die Änderungen werden bereits bei der Zahlung von Renten und Pensionen im kommenden Monat wirksam werden. Allerdings besteht die Möglichkeit dass der Betrag, ab dem die Kürzung vorgenommen wird, auf 500 Pesos angehoben wird. Die Exekutive erwartet vom Kongress die Verabschiedung von zwei Maßnahmen. Einerseits die Abschaffung aller Befreiungen von der Steuer auf die Finanzoperationen und der Steigerung bestimmter Gebühren im Zusammenhang mit Kontenbewegungen und andererseits die Ausdehnung der Kürzungen auf die Ruheständler von Legislative und Justiz.

Mit dieser Einsparung, die in einer Kürzung der Ruhestandsbezüge um rund 13 Prozent besteht, beabsichtigt jährlich zwischen 700 und 750 Millionen einzusparen. Werden die Kürzungen der Gehälter der Angestellten des öffentlichen Dienstes und weiterer Ausgaben dazugeschlagen, kommt man unter dem Strich auf 1,5 Milliarden. Wirtschaftsminister Domingo Cavallo erklärte in diesem Zusammenhang, die Untergrenze der Renten- und Pensionskürzungen werde jedenfalls auf 500 Pesos steigen, wenn der Kongress die beiden von der Exekutive eingereichten Gesetzesvorlagen verabschiede.

Eine der Folgen des neuen Maßnahmenpakets ist der Umstand, dass die durchschnittliche Rentenleistung, die derzeit auf Landesebene 319,09 Pesos beträgt, nach der Kürzung 300,09 Pesos ausmachen wird. Die Pensionen hingegen, die ebenfalls auf Landesebene und im Durchschnitt gesehen heute 243,05 Pesos betragen, auf durchschnittliche 228,09 Pesos absinken werden.

Das Problem verschärft sich in den 1,2 Millionen Haushalten des Landes, deren hauptsächlicher Versorger ein Rentner oder Pensionsbezieher ist. In den Schlussfolgerungen des Institutes Equis heißt es dazu: „Auffallend ist die unübersehbare Verschlechterung der Situation in den Provinzen Buenos Aires, Santa Fe, Córdoba, Santiago del Estero und Entre Ríos, wo die Zahl der überalterten Haushaltsvorstände höher ist, als im Landesdurchschnitt, die Renten und Pensionen haben, die unter dem Mindesteinkommen liegen.“

Richterschelte für Carlos Menem

Ex-Präsident wegen Verletzung der Hausarrest-Auflagen verwarnt

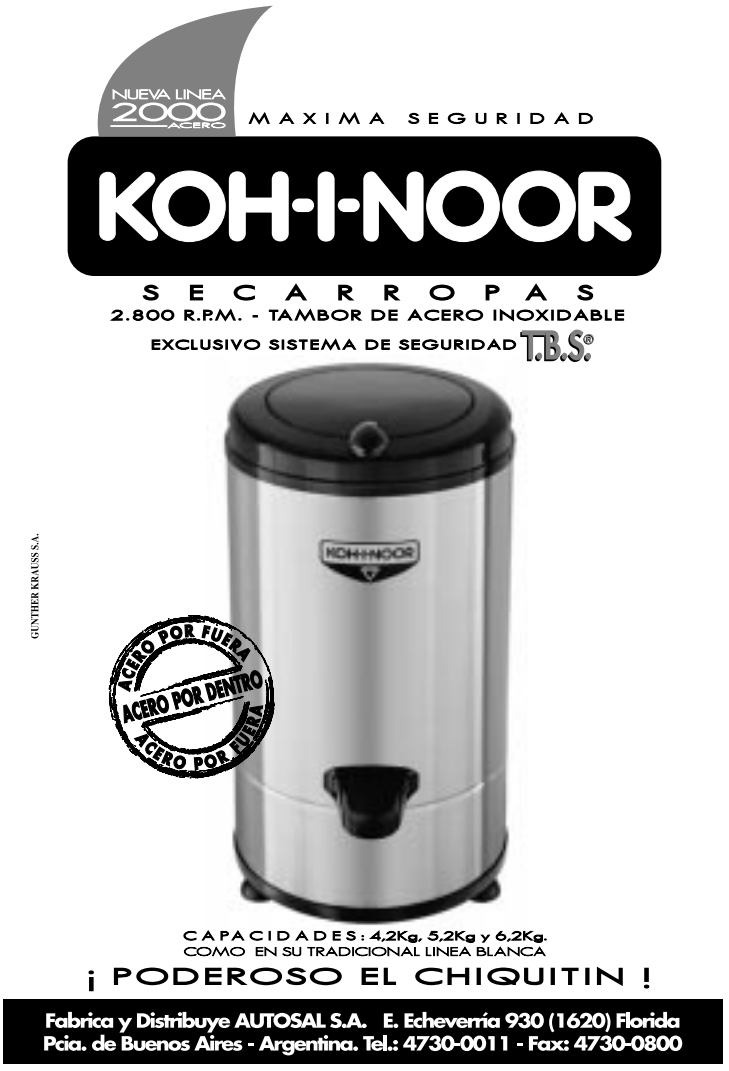
Bundesrichter Jorge Urso hat am Montag den in Hausarrest sitzenden Ex-Präsidenten Carlos Menem gewarnt, „in Zukunft die Besuchsauflagen strikter zu erfüllen“. Urso bezieht sich dabei ausdrücklich auf eine Aufhebung der Vergünstigung, dass Menem aus Altersgründen seine Untersuchungshaft in der Strafsache wegen des illegalen Waffenverkaufs an Ecuador und Kroatien in Hausarrest verbringen kann. Der Richter könnte Menem nämlich in die Gendarmeriehaftanstalt in Campo de Mayo verbannen, wo auch dessen Ex-Schwager und Ex-Präsidentenberater Emir Yoma inhaftiert ist.

Urso folgte mit der Rüge einem Antrag von Staatsanwalt Carlos Stornelli, demzufolge Menem sich den Kontrollen von Ärzten und Sozialhelfern stellen muss. Außerdem aber muss sich der Ex-Präsident der Befolgung der richterlichen Haftauflagen unterwerfen. In diesem Zusammenhang hat Urso den Chef der Bundespolizei, Generalkommissar Rubén Santos gebeten, ihn laufend über die strikte Einhaltung der Besuchsauflagen zu informieren.

Zudem stellte der Richter fest, er habe keinerlei Beschränkung hinsichtlich eventueller öffentlicher Erklärungen Menems erlassen. Gegenüber Radio FM Independiente, einem Sender in der Provinz La Rioja, wies Urso darauf hin, dass dies immer dann gelte, wenn Menems Erklärungen in den Interviews den Auflagen über den Hausarrest nicht widersprächen. „Man kann Gedanken nicht zensieren“, versicherte der Richter und erinnerte daran, dass die Verteidiger Menems bei der Bundeskammer gegen die Hausarrestauflagen Einspruch erhoben hätten.

Urso bezog sich dabei auf Aussagen Menems am vorvergangenen Freitag gegenüber einem Radiosender in Mendoza. Dabei hatte der Ex-Präsident den Wirtschaftskurs des Landes in Frage gestellt und versichert, „wenn ich an der Regierung gewesen wäre, hätte Argentinien diese Krise nicht erlebt“. Gleichzeitig hatte Menem die Allianz getadelt, deren „politische Geisel“ er sei und stellte die Regierungsfähigkeit der Allianz in Abrede. „Die Koalition wurde nur dazu gebildet, um mich aus dem Weg zu bekommen und Versprechungen zu machen, die sie dann nicht erfüllten“, hatte Menem bei dieser Gelegenheit erklärt.

Ungeachtet des Sturms rund um die Besucherzahl empfing Menem am Montag den Generalsekretär des offiziellen Gewerkschaftsdachverbandes CGT, Rodolfo Daer, und den Chef der Unión de Personal Civil de la Nación (UPCN, Union des Zivilpersonals der Nation), Andrés Rodríguez, in Don Torcuato. Gesprächsthema: Die soziale Situation und die auf dem Arbeitsmarkt des Landes.



WOCHENÜBERSICHT

Trauer um AMIA

Rund 7.000 Personen haben am Mittwoch des 7. Jahrestages des Attentats auf das jüdische Sozialwerk AMIA gedacht. Bei dem bislang ungeklärten Attentat starben 1994 85 Menschen. Während der Gedenkveranstaltung wurde von den Hinterbliebenen scharfe Kritik gegen Ex-Präsident Carlos Menem, den ermittelnden Bundesrichter Juan José Galeano und die Regierung von Staatspräsident Fernando de la Rúas geäußert.

Konfrontation I

Arbeitsministerin Patricia Bullrich hat im Vorfeld des Generalstreiks am Dienstag erklärt, die Gewerkschafter sollten ihre eigenen Gehälter kürzen und sie in den gemeinsamen Topf tun, um so die Mindestrenten anzuheben. Das gleiche sollten die Arbeitnehmer tun, statt zu streiken und etwa eine Stunde ihrer Einkommen in den besagten Topf tun.

Konfrontation II

Für den Chef des offiziellen Gewerkschaftsdachverbandes CGT, Rodolfo Daer, waren die Äußerungen der „Sprecherin des Wirtschaftsestablishment“ eine „Schamlosigkeit“. Hugo Moyano hingegen sprach von „Unsinn“ und zog es vor, Präsident Fernando de la Rúa und dessen Wirtschaftsminister Domingo Cavallo allerdings ohne Namensnennung anzugreifen, indem er versicherte, „die beiden Konsorten vom Dienst, von denen einer so durchgedreht ist, dass er alles auf einen Schlag machen will, der andere aber mehr als ein Idiot ist, liefern das Land aus“.

Konfrontation III

Die Regierung ihrerseits schlief nicht und veröffentlichte das Ergebnis einer Blitzumfrage, derzufolge sich die Mehrheit der Befragten gegen den Generalstreik und gegen die Gewerkschafter Daer und Moyano ausgesprochen habe. Bereits zuvor vertrat Präsident Fernando de la Rúa die Ansicht, dass „die Bürger die Sparmaßnahmen eher akzeptieren als deren Ablehnung“.

Feiertagverschiebung

Mittels des Gesetzes 25.442 hat die Regierung die Verschiebung des nationalen Feiertages „Día de la Raza“ vom Freitag, dem 12. auf den 8. Oktober, einem Montag, verfügt. Mit dieser Entscheidung soll verhindert werden, dass das Wochenende der Legislativwahlen des 14. Oktober zu einem „langen Wochenende“ wird, an dem für gewöhnlich zahlreiche Argentinier Kurzreisen unternehmen.

Wahllisten-Einsicht

Die Wahljustiz teilte mit, dass sich die Wahlberechtigten ab sofort darüber informieren können, ob die Angaben zu ihrer Person korrekt sind. Entsprechende Auskünfte unter Vorlage des DNI werktags von 8.00 bis 13.30 im Wahlsekretariat in der Straße Tucumán 1320.

Verfahren eingestellt

Das Verfahren gegen den peronistischen Senator Ricardo Branda und den Ex-Präsidenten der Notarskammer Carlos D’alessio wegen vorgeblicher aktiver und passiver Bestechung wurde von der Bundeskammer eingestellt. Die Kammerrichter Luisa Riva Aramayo und Horacio Vigliani hatten darin übereingestimmt, dass es sich um die Einladung zu einem internationalen Kongress gehandelt habe, bei dem es um ein Thema der parlamentarischen Debatte gegangen sei.

Checkup de la Rúas

Präsident Fernando de la Rúa muss sich an diesem Wochenende einer ärztlichen Untersuchung zur Kontrolle nach seiner Herzgefäßoperation vor einem Monat unterziehen. Diese Routinekontrolle sollte eine Woche zuvor durchgeführt werden, war aber auf Grund der Krise zurückgestellt worden.

Río Tercero

Bundesstaatsanwalt Carlos Stornelli hat am Dienstag beantragt, dass die Untersuchung der Explosionskatastrophe in der Militärfabrik Río Tercero in die Strafsache des illegalen Waffenverkaufs an Ecuador und Kroatien eingeschlossen wird. Basis des Antrags ist der Verdacht, dass die seinerzeitige Explosion provoziert wurde, um Beweise für den illegalen Waffenexport zu vernichten.

Anti-Cavallo-Demo

Mit Ausschreitungen, die Beleidigungen, Eier als Wurfgeschosse, Beschädigung von Autoreifen und eine Festnahme einschlossen, haben am Wochenende rund 200 Arbeitnehmer von Aerolíneas Argentinas demonstriert: Sie taten es vor der Kirche Nuestra Señora del Pilar in Recoleta, in der die Tochter von Wirtschaftsminister Domingo Cavallos heiratete.

Pro-Menem-Demo

Ebenfalls am Wochenende veranstaltete ein Gruppe von Menems Anhängern eine dieser übelberüchtigten, „escrache“ genannten Ausschreitungen vor dem Wohnhaus von Bundesrichter Jorge Urso. Anliegen der Demonstranten: Freilassung des Ex-Präsidenten, der in einer Luxushaft in dem Landhaus seines Freundes Gostanian von 22 ihn umsorgenden Personen das Leben genießt.

Demo für Rabauken

Rund 50 Demonstranten haben am Sonntag vor der Residenz von Präsident Fernando de la Rúa protesteirt. Auf Plakaten und Spruchbändern forderten die Angehörigen des linksgerichteten Partido Obrero (Arbeiterpartei) die unmittelbare Freilassung der „piqueteros“ in Salta.

Emilie Schindler bleibt in Deutschland

Waldkraiburg (dpa/AT) - Oskar Schindlers Witwe Emilie will ihren Lebensabend in einem sudetendeutschen Heim in Waldkraiburg (Oberbayern) verbringen.

Die 94-jährige Witwe des einstigen Fabrikanten, der in seiner Firma von den Nazis bedrohten Juden Unterschlupf gab und 1200 Leben rettete, wolle nicht mehr nach Argentinien zurückkehren. Dort hatte sie seit 1949 gelebt, zuletzt im deutschen Altersheim “Los Pinos”. “Deutschland ist schön. Hier will ich bleiben”, hatte die sichtlich gebrechliche Schindler-Witwe während ihres Berlin-Besuchs geäußert.

TABELLE

Fußball

Copa América

Letzte Vorrunden-Spiele

Gruppe A: Kolumbien - Ecuador 1:0, Chile - Venezuela 1:0, Kolumbien - Chile 2:0. Ecuador - Venezuela 4:0.
Tabelle: 1. Kolumbien 5:0 Tore, 9 Punkte; 2. Chile 5:3, 6; 3. Ecuador 5:5, 3; 4. Venezuela 0:7, 0.
Gruppe B: Mexiko - Paraguay 0:0, Brasilien - Peru 2:0, Brasilien - Paraguay 3:1, Peru - Mexiko 1:0.
Tabelle: 1. Brasilien 5:2 Tore, 6 Punkte; 2. Mexiko1:1, 4; 3. Peru 4:5, 4; 4. Paraguay 4:6, 2.
Gruppe C: Uruguay - Costa Rica 1:1 Honduras - Bolivien 2:0, Bolivien - Costa Rica 0:4, Honduras - Uruguay 1:0.
Tabelle: 1. Costa Rica 2:1 Tore, 4 Punkte; 2. Uruguay 2:1, 4; 3. Honduras 2:0, 3; 4. Bolivien 0:3, 0.
Viertelfinale: Costa Rica - Uruguay, Chile - Mexiko (beide Sonntag), Kolumbien - xxxxx, Brasilien - Honduras (beide Montag).
Halbfinals am Mittwoch und Donnerstag, Finale am Sonntag.

Fußball - Matellán zu Schalke

Der Wechsel von Boca-Verteidiger Aníbal Matellán (24) zum FC Schalke 04 ist perfekt. Schalkes Manager Rudi Assauer machte am Montag in Buenos Aires bei Gesprächen mit der Boca-Führung den Deal perfekt. Der Abwehrspieler erhält beim deutschen Pokalsieger einen Vier-Jahres-Vertrag. Die Höhe der Ablösesumme betrug rund vier Mio. Dollar. (dpa)

ARGENTINISCHE WIRTSCHAFT

Die Jahreszinssätze der wichtigsten Banken für Fristeinlagen auf 30 Tage lagen in der Berichtswoche für Pesos zwischen 5,65% und 7% und für Dollar zwischen 4,75% und 5,5%.

***

Der Mervalindex stieg in der Berichtswoche zum Donnestag um 2,6% auf 319,79, der Burcapindex um 2,3% auf 621,05 und **der Börsenindex um 2,9% auf 12.530,41.**

***

Der durchschnittliche Rindfleischpreis (kg Lebendgewicht in Liniers) fiel in der Berichtswoche um 1,5% auf $ 0,7435.

***

Der Dollarkurs der ZB für Aussenhandelsgeschäfte betrug am Donnerstag $ 1,0648.

***

Die Gold-, Anlagen- und Devisenreserven der ZB betrugen am 12.7. $ 19,59 Mrd., der Banknotenumlauf $ 13,80 Mrd. Vor einer Woche waren es $ 20,43 Mrd. bzw. $

Privilege für lokale Unternehmen bei Staatskäufen

Das Industriesekretariat hat das Dekret Nr. 909 reglementiert, das heimischen Lieferanten Bevorzugungen bei Staatskäufen einräumt. Die Verordnung war sowohl vom Verband der Metallverarbeitenden Industrie (Adimra), als auch von der Metallergewerkschaft (UOM) und der Mechanikergewerkschaft (Smata) beanstandet worden. Sie fordern ihre Beteiligung an der Kommission, die die Erfüllung der Auflagen überwacht. Die Reglementierung überträgt diese Aufgabe dem Industriesekretariat.

Das Dekret Nr. 909 legt fest, dass Angebote von Waren heimischen Ursprungs an Körperschaften der Öffentliche Hand, ihre Konzessionäre und Vertragspartner bei gleichen Bedingungen und Preisen bevorzugt werden müssen. Ist der Preis des heimischen Angebotes bis zu 5% höher als der des ausländischen, kann der lokale Lieferant seine Preise denen der Auslandskonkurrenz anpassen.

Die Reglementierung legt fest, dass als heimisches Produkt oder Dienstleistung jenes zu betrachten sei, bei dem importierte Roh- und Hilfsstoffe sowie andere importierte Anteile insgesamt 50% des Endwertes nicht übersteigen. Dieser Prozentsatz beträgt derzeit 70% und muss bis zum 1.1.05 auf 50% schrumpfen.

Bei Dienstleistungen muss das Angebot von einen hier seit mindestens einem Jahr tätigen Firma stammen, um als lokales Angebot betrachtet zu werden. Bei Bauvorhaben hängt die Einstufung vom Anteil heimischen Baumaterials ab.

Die Reglementierung verlangt von den einzutragenden Firmen eidesstattliche Erklärungen über die Erfüllungen der Auflagen. Bei Fehlinformationen sind Strafen vorgesehen.

Sanierung der Bank der Provinz Buenos Aires

Die Gesetzgebende Körperschaft der Provinz Buenos Aires hat die Ausgabe eines Bonds von U$S 1,1 Mrd. für die Provinzbank beschlossen. Der Dollarbonds ist mit Provinzbeteiligungen an Nationalsteuern gedeckt; das sei die grösste Sicherstellung, die die Provinz zu geben imstande ist. Im Gegenzug überträgt die Bank einem dafür geschaffenen Treuhandfonds Kreditforderungen für den gleichen Betrag.

Dadurch hat die Bank als einzige des Finanzsystems keine maroden Kredite mehr, sondern, nach der Definition der ZB, nur noch normale und verzögerte Rückzahlungen. Auch wird die Bank zur Tilgung von direkten Hypotheken- oder Kreditkartenschulden Bonds der Provinz annehmen, mit denen diese ihre Beamten teilweise bezahlen wird,

Die maroden Kredite sind meist Forderungen an grosse Unternehmen, die sich in Gläubigereinberufung oder Konkursverfahren befinden oder aus anderen Gründen geschlossen wurden. Obwohl es nicht ausdrücklich erwähnt wird, sollen viele dieser Kredite sogenannte politische Darlehen gewesen sein, die von vorherigen Verwaltungen gewährt wurden.

Das neue Gesetz saniert nicht nur die Bank, es gibt ihr auch neue Statuten. Künftig soll sie schwerpunktmässig kleine und mittelständische Unternehmen finanzieren und weniger Mittel für Grossunternehmen bereitstellen. So wird die Obergrenze für Kredite mit oder ohne Garantie an Einzelpersonen in Zukunft $ 500.000 betragen. Die Vorstandsmitglieder werden jenseits der Rechtsbrüche derer sie sich schuldig machen könnten, mit ihrem eigenen Vermögen haften, wenn für die Bank Schwierigkeiten entstehen, weil diese Vorschrift nicht erfüllt wurde.

Unter den in Frage kommenden maroden Krediten, deren Eintreibung der Treuhandfonds auch an Dritte übertragen kann, befinden sich $ 20 Mio. an die Yomagruppe die in die ZB-Gruppe 4 eingestuft ist, das Bauunternehmen Victor Gualtieri, $ 97 Mio. und ebenfalls Gruppe 4, Tren de la Costa $ 55 Mio., Show Center $ 113 Mio. und Gatic $ 29 Mio.

12,75 Mrd., vor einem Monat $ 20,56 Mrd. bzw. $ 13,48 Mrd. und vor einem Jahr $ 26,73 Mrd. bzw. $ 14,62 Mrd.

***

Eine nicht genannte internationale Investorengruppe (die spanische Renfe SA und die französische TGV sollen an ihr beteiligt sein, will mit rd. U$S 700 Mio. Investition eine Schnellbahn zwischen Buenos Aires und Rosario errichten. Sie soll die Strecke in 150 Minuten zurücklegen.

***

Das CEB (Centro de Estudios Bonaerenses) hat ermittelt, dass Arbeitslose in der Provinz Buenos Aires im Durchschnitt 7 Monate benötigen, um eine neue Anstellung zu bekommen. Die 50.635 Arbeitslosen im Raum La Plata benötigten 284 Tage um einen neuen Arbeitsplatz zu finden, die 60.000 von Mar del Plata 120 Tage. Im Provinzteil von Gross Buenos Aires sind es 191 Tage, im Inneren der Provinz 203 Tage. Die Spesen zur Beschaffung einer neuen Arbeit wurden mit $ 420 bis $ 700 angegeben.

***

Die Wirtschaftsführung will die Steuer auf Kontenbewegungen auch auf Sparkassen ausdehnen. Dazu muss das Parlament das diesbezügliche Gesetz ändern. Alle Einzahlungen und Abhebungen bei Sparkassenkonten, ausser der Einzahlung und Abhebung von Löhnen und Gehältern, sollen ebenfalls mit 0,6% belastet werden.

***

Nach harten Verhandlungen zwischen Kabinettschef Colombo und dem Regierungschef von Buenos Aires Stadt, A. Ibarra, hat dieser erreicht, dass die Übertragung der Bundespolizei und Justiz auf die Stadtregierung von einem entsprechenden Budget begleitet wird. Allerdings wird es um $ 100 Mio. gekürzt, wofür die Stadt eine höhere Beteiligung an den Nationalsteuern erhalten soll, deren Erlös jedoch nicht diesem Betrag entspricht.

***

F. Sturzenegger, Staatssekretär für Wirtschaftspolitik, erklärte, die Verringerung der Gewinn- (Einkommens) Steuer würde trotz des Fiskalnotstandes nicht rückgängig gemacht werden. Die Rückerstattung an die Begünstigten würde, wie angekündigt, im August umgesetzt werden. Einige Abgeordneten wären anderer Ansicht gewesen, doch die Wirtschaftsführung finde, die Privatwirtschaft sei bereits zuviel zur Kasse gebeten worden. Nun sei die öffentliche Hand an der Reihe.

***

Die Regierung hat verfügt, dass ab dem nächsten Monat alle Arbeitnehmer ihre Entlohnung von Bankkonten abheben müssen, die ihnen diesem Zweck eröfnet werden müssen. Damit wurden die kleinen und mittelständischen Unternehmen (Pymes) mit bis zu 25 Arbeitnehmern im System eingegliedert, die bisher ausgeklammert waren. Die Konten müssen für den Arbeitnehmer gebührenfrei sein und dürfen keine Höchstgrenze für Entnahmen haben. Die Gebührenfreiheit wurde auf die Pymer als Arbeitgeber ausgedehnt.

***

Parallel mit der Nationalregierung verringert auch die Regierung der Provinz Buenos Aires Beamtengehälter. Monatseinkommen ab $ 1.000 sollen progressiv um 3,5% bis 30% (bei politischen Posten) gekürzt werden. Von den 447.200 Provinzbeamten erhalten 90.000 (21%) mehr als $ 1.000 und 20.200 (4%) mehr als $ 2.000. Renten von über $ 1.000 (15%) werden ebenfalls gekürzt. Die Einsparung werde U$S 560 Mio. im Jahr betragen.

***

Nach 5 Monaten langsamer Zunahme fielen im Juni die Lebensmittel- und Parfümerieartikelumsätze in Gross Buenos Aires. Wie die Beraterfirma Home Research mitteilte, wurden um 2,7% weniger Lebensmittel gekauft als im Vorjahresjuni, Parfümerieartikel um 3,8% und Reinigungsmittel für den Haushalt um 2,7% weniger. Nur Getränke legten im selben Vergleich um 1,7% zu.

***

Der Flughafenkonzessionär E. Eurnekian hat federführend für ein Konsortium das die Binnenfluggesellschaften LAPA, Southern Winds und Dinar einschliesst, der spanischen SEPI ein Angebot für den Kauf von Aerolineas Argentinas und Austral unterbreitet. Damit würde das Konsortium 99% des Inlands-Flugverkehrs bestreiten. Als Betreiber der neuen Gesellschaft wurde ausseramtlich Alitalia genant.

***

Die Banken haben bestätigt, dass sie dem Staat insgesamt $ 500 Mio. akonto ihrer Gewinnsteuern in den nächsten 2 Jahren vorschiessen. Obwohl keine amtliche Mitteilung vorliegt, wurde bakannt, dass die Vorauszahlung zinsenfrei und im Verhältnis zu den Einlagen in jeder Bank erfolgt. 40% des Betrages stehen sofort zur Verfügung, 30% innerhalb von 30 Tagen und der Rest in 60 Tagen.

***

Die Industrieproduktion vom Juni lag um 1,2% über der des Vormonates und um 1% über der des Vorjahresjuni, wie dem EMI-Index des Statistikamtes zu entnehmen ist. Damit schliesst im Vorjahresvergleich das 2. Quartal mit -1,3% und das 1. Halbjahr mit -2,5% ab. Im weiteren Vorjahresvergleich des Juni legten Grundmetalle 7,6% zu, Textilien 2,4% und Erdölraffinerien 2%. Rückgänge verzeichneten Kfz mit -13,4%, Tabakwaren -11,9%, Metallverarbeitung ausser Kfz -7,3%, Gummi und Kunststoffe -5% und nichtmetallische Chemikalien -1%.

***

Der Pflanzenölerzeuger AGD (Aceitera General Deheza) wird in den nächsten 3 Jahren U$S 25 Mio. in Ölsaatsilos investieren, die in verschiedenen Gebieten Argentiniens errichtet werden.

***

Wieder (siehe A.T. 30.6.01) hat

Arbeitslosigkeit bei 16,4%

In Argentinien leidet rund ein Drittel der Erwerbsbevölkerung unter Arbeitsbeschaffungsproblemen. Die Arbeitslosenquote ist auf 16,4% gestigen. Das ist die höchste Zahl seit 1997. Die Unterbeschäftigung beträgt 14,9%, wie die laufende Umfrage, die das Statistikamt Indec landesweit bei Haushalten durchführt, im Mai ergeben hat. Im gleichen Monat des Vorjahres war die Arbeitslosigkeit um 1% und die Unterbeschäftigung um 0,4% geringer.

Von einer auf 34,3 Mio. geschätzten Stadtbevölkerung, von der 14,3 Mio. erwerbsfähig sind, sind 2,9 Mio. arbeitslos und 12 Mio. erwerbstätig, wie die Wirtschaftsführung mitgeteilt hat. F. Sturzenegger, Staatssekretär für Wirtschaftspolitik, erklärte, die Zahl der Arbeitssuchenden habe um 480.000 zugenommen, weil die Bevölkerung zunimmt und mehr Menschen eine Anstellung suchen.

In einem Jahr wurden 275.000 neue Arbeitsplätze geschaffen, doch die höhere Zahl der Arbeitssuchenden hat die Arbeitslosenquote erhöht. Bei Dienstleistungsbetrieben wurden um 5% mehr Arbeitsplätze geschaffen, im Transportwesen ebenfalls um 5% und in der öffentlichen Verwaltung um 9%. Im Stadtgürtel um Buenos Aires beträgt die Arbeitslosenquote 18,7% und die Beschäftigungsquote 43,4%; in Bue-nos Aires Stadt 13,4% bzw. 39,9% und im Landesinneren 15,4% bzw. 50,4%.

V. De Marchi, Vorsitzender des brasilianischen Brauereiholdings AmBev (u.a. Brahmabier) der Presse erklärt, dass der Kauf einer bedeutenden argentinischen Brauerei wie die Quilmesbrauerei mit einem bedeutenden Marktanteil, geplant sei. F. Lascano, Direktor für Institutionelle Beziehungen von Quinsa (Quilmes Industrial SA) erklärt dazu, dass keine wie immer geartete Absicht bestehe, Quilmes SA, die in Argentinien 70% Marktanteil hat und sich in Lateinamerika auf Expansionskurs befindet, zu verkaufen oder einen zusätzlichen Anteilseigner aufzunehmen.

***

Die Getreidebörse von Buenos Aires hat Angaben über die erwartete Sojaernte 2001 gemacht. Die geschätzte Ernte werde 25,56 Mio. t, um 5,11 Mio. t mehr als im Vorjahr, betragen, die Ausfuhren 5,11 Mio. t, um 967.000 t mehr. Nach den Durchschnittspreisen im Juli, U$S 193,2 pro t gegen U$S 180,5 im Vorjahr, wird in diesem Jahr für U$S 988 Mi. gegen U$S 747 Mio. im Vorjahr exportiert. Die Sojaölausfuhrten für U$S 926 Mio. im Vorjahr, werden in diesem Jahr U$S 1,32 Mrd. einbringen, die von Pellets für U$S 2,08 Mrd. im Vorjahr, in diesem Jahr U$S 2,81 Mrd.

***

Gouverneur Ruckauf hat die Ministerien für Gesundheit, Familien und Entwicklung des Menschen seiner Provinz Buenos Aires ermächtigt, Direkteinkäufe zu tätigen, wenn Provinzlieferanten sich weigern, Waren gegen Bonds anzubieten. D. Amato, Vorsitzender des Provinzlieferantenverbandes Femape, erklärte dazu, dass die Provinz, wenn sie Mittel für Direktkäufe habe, auch Mittel für die Bezahlung ihrer Lieferanten hat. Seit 20 Tagen zahle die Provinz nicht mehr und die Lieferanten könnten das nicht durchhalten.

***

Der Oberste Gerichtshof der Provinz Buenos Aires hat das Provinzdekret für verfassungswidrig erklärt, durch das bis Jahresende mit Gehaltskürzungen der Provinzbeamten und Zahlungen mit Patacón-Bonds $ 500 Mio. eingespart werden sollen. Gouverneur Ruckauf will, dass das Provinzparlament ein Gesetz verabschiedet, dass die Massnahmen ermöglicht.

***

Die Fahrkartenpreise der Roca-, San Martín- und Belgrano Sur-Vorstadteisenbahnen wurden um 5 bzw. 10 Centavos erhöht, nachdem die richterliche Verfügung gegen diese im Juni bestimmten Erhöhungen aufgehoben wurde. Damit ziehen die Preise mit den ab März bei den anderen Vorortstrecken gültigen gleich.

***

Die Weltbank hat ein Darlehen von U$S 330 Mio. an die Provinz Santa Fe für die Finanzierung von Strukturmassnahmen bestätigt. Es seien die Bereiche Erziehung, Gesundheit und Provinzfinanzen, sowie die Entwicklung der Privatwirtschaft vorgesehen.

***

Der Verband der Stromtransportunternehmen (Ateera) gab bekannt, dass die Leitfähigkeit der 3 Hochspannungsleitungen Comahue-Buenos Aires, Buenos Aires-NEA (Buenos Aires Nordosten) und NOA-Centro (vom Nordwesten nach Córdoba) voll ausgelastet ist. Wegen der Unmöglichkeit sie zusätzlich zu belasten, bestehe daher die Möglichkeit anhaltender Stromausfälle in Buenos Aires Stadt und den Provinzen Buenos Aires, Santa Fe, Rio Negro und Neuquén.

***

Staatsgehalts- und Rentenkürzungen um 13%

Für das Quartal Juli/September 01 sind Ausgabenkürzungen der Öffentlichen Hand um 13% vorgesehen. Um denselben Prozentsatz sollen die Entlohnungen der Arbeitnehmer der Öffentlichen Hand, die Renten über $ 300 im Monat und die Zahlungen an Staatslieferanten gekürzt werden.

Es besteht die Möglichkeit, die Obergrenze für die zu kürzenden Renten auf $ 500 zu erhöhen. Damit würden statt rd. 70% rd. 80% der etwa 3,3 Mio. Rentner von der Sparmassnahme nicht betroffen werden, Dazu müssten allerdings folgende Bedingungen erfüllt werden: Abschaffung der Ausnahmen bei der Steuerbelastung der Kontenbewegungen mit 0,6%; dass die anderen beiden Staatsgewalten, die Gesetzgeber und die Justiz, sich auch in ihrem Bereich den Einkommenskürzungen unterwerfen und dass das Inkasso der MwSt. geändert wird.

Politischen Beamten werden die Gehälter um das Doppelte der restlichen Staatsangestellten gekürzt, also um 26%. Das Monatsgehalt des Kabinettschefs, das mit $ 4.000 bis $ 5.000 angegeben wird, wird ebenfalls um 26% gekürzt und gilt als absolute Obergrenze für Regierungsgehälter. Das heisst, dass kein politischer Beamter einen Lohneingang einschliesslich aller Vergütungen oder Zulagen von mehr als $ 2.960 bzw. $ 3.700 haben kann.

Darüber hinaus hat der Präsident schriftlich Massnahmen angeordnet, die der Kabinettschef und alle Minister für weitere Einsparungen durchsetzen müssen;

- Im Sozialversicherungssystem müssen Privilegien, Fälschungen und Ineffizienz ausgemerzt werden. Mit dem dadurch Erwirtschafteten sind fällige Rentenanträge zu erfüllen.
- Die Prozesse im Rentensystem müssen verringert werden.
- Die allgemeinen Dienstleistungen für Rentner über 70 Jahren müssen umgesetzt werden.
- Staatsreform: Jede hier erreichte Einsparung muss der Verringerung der Rentenstreichungen zugute kommen.
- Das Amt für Öffentliche Einnahmen (AFIP) hat einen Sonderplan zur Bekämpfung der Sozialabgaben- und Steuerhinterziehung sowie des Schmuggels vorzulegen.
- In allen Staatsstellen und -ämtern müssen die Ausgaben im gleichen Prozentsatz, unbeschadet ihrer Finanzierungsmöglichkeiten, verringert werden. An keiner Stelle, dezentralisierten Körperschaft, offiziellen Bank, Überwachungsbehörde usw. darf es einen Gehaltsempfänger geben, der mehr erhält als der Kabinettschef. Was dadurch gespart wird, wird auf ein Konto der ABSeS, der Verwaltung der Sozialversicherung, eingezahlt.
- Die Gehaltsskalen der Streit- und Sicherheitskräfte müssen den Kürzungen in den restlichen Staatsstellen angepasst werden.
- Stellen, die nicht dezentralisiert sein müssen, sind zusammenzuschliessen, um Vorstände, Verwaltungsaufwände und Rechtsberatungen abzuschaffen, die überlappen.
- Abschaffung von Körperschaften, die für den Staat nicht unerlässlich sind, wie das Schiedsgericht für öffentliche Bauvorhaben und das staatliche Schätzungsgericht.
- Zusammenarbeit mit dem Parlament um die vorübergehenden Einsparungen umzusetzen, die zur Erreichung des Nulldefizits notwendig sind und Betonen der Zusammenarbeit und Unabhängigkeit der Staatsgewalten, die die Republik fordert. Das gleiche wird in der Beziehung mit der Justiz festgelegt.

Einnahmen und Ausgaben der Provinz Buenos Aires

(In Mio Pesos)

	Gesamt-ausgaben	Gesamt-einnahmen	Finanz-ergebnis	Ergebn.ohne Privatisier.
1991	4.100	3.524	-576	-576
1992	5.674	5.938	264	264
1993	6.990	7.022	31	31
1994	8.048	7.744	-304	-304
1995	7.927	7.656	-270	-270
1996	8.716	8.135	-581	-581
1997	9.869	10.281	412	-808
1998	10.730	9.376	-1.345	-1.345
1999	11.097	9.386	-1.710	-2.135
2000	10.760	8.840	-1.920	-1.920

WIRTSCHAFTSÜBERSICHT

Das Nulldefizit in Aktion

Hektische Verhandlungen mit den Gouverneuren der Allianz und der Justizialisten sowie mit den Parteiführungen der Radikalen und des Frepaso haben vor und nach dem vergangenen Wochenende das Nulldefizit als politischen Konsens verankert. Das Gesetzes-Dekret Nr. 896 vom 11. Juli, das am 13. Juli im Amtsblatt rechtsmässig verkündet wurde, ordnet eine neue Buchführung der Nationalverwaltung an, damit künftig die Etatposten der Ausgaben nicht höher als die echten Einnahmen aus Steuern, Zöllen, Sozialbeiträgen, Gebühren, Zinsen, Aktivenverkäufen und dergleichen ausfallen.

Diese Finanzübung geht einher mit fühlbaren Kürzungen bisheriger Etatposten. Die Gehälter der politischen Beamten wurden um 26% gesenkt, wobei das Gehalt des Kabinettschefs auf $ 6.905, einschliesslich Repräsentationsspesen und sonstige Zulagen, als Maximalgehalt eingestuft wurde. Wer in der Staatsverwaltung oder in dezentralisierten Körperschaften wie Banken und Aufsichtsbehörden bisher mehr verdiente, muss die Senkung des Gehalts hinnehmen oder ausscheiden.

Für Beamten wurde eine Gehaltssenkung von 13% verordnet, die auch für Vertragspersonal gilt, dessen Verträge gekündigt werden dürfen. Rentner nehmen ab $ 300 im Monat die gleiche Kürzung ihrer Renten hin, ebenso die Etatposten für die Zahlungen an Lieferanten. Hierüber entscheidet jede Amtsstelle, wie sie sich mit den Lieferanten verständigt.

Der Sockel für Rentner soll gegebenenfalls auf $ 500 angehoben werden, sofern der Kongress die Gesetzesprojekte der Exekutive über die Abschaffung von Freigrenzen der Girokontensteuer, die gleiche Kürzung beim Personal der Legislative und der Gerichte sowie die Umwandlung der Mehrwertsteuer, bezogen auf das Inkasso im Berichtsmonat anstatt wie bisher der ausgestellten Rechnungen, verabschiedet.

Die Entscheidung, Ruhegehälter von $ 300 bis $ 500 im Monat um 13% zu kürzen, liegt jetzt beim Kongress. Dieser hatte bereits den Verzicht auf das halbe dreizehnte Monatsgehalt der Parlamentarier sowie die Bereitschaft angekündigt, die allgemeine 13prozentige Kürzung für die Diäten und die Gehälter der Angestellten zu akzeptieren. Der Oberste Gerichtshof hat ebenfalls seine Bereitschaft mitgeteilt, sein Etat zu kürzen sowie gegebenenfalls die Gehaltskürzungen hinzunehmen.

Die Exekutive rechnet mit den Ersparnissen aus besagten Gesetzesprojekten zwecks Finanzierung der Renten bis $ 500. Wie sich das mit der Umwandlung der MwSt. auf das Inkasso zusammenreimt, ist unerfindlich, wird doch diese Umwandlung im ersten Monat unweigerlich einen Einnahmeverlust mit sich bringen, sofern nicht die bereits besteuerten Rechnungen nochmals nach dem Inkasso besteuert werden, was entschieden verfassungswidrig wäre.

Auch die Familienzulagen, die auf Gehälter und Löhne unter $ 1.500 im Monat bezahlt werden, erfahren die gleiche 13prozentige Kürzung, ebenso die Arbeitslosensubvention für $ 150 bis $ 300, zuzüglich Familienzulagen, die rund 120.000 Arbeitslose beziehen. Bei den Gnadenrenten, die der Kongress alljährlich erteilt, betrifft die Kürzung von 13% nur eine Minderheit der 330.000 Begünstigten, weil die meisten Renten unter $ 300 liegen. Die Sozialzulagen des sogenannten Plan Trabajar, die Arbeitslose erhalten, werden nicht gekürzt. Das Vertragspersonal, das meistens hohe Honorare erhält, muss in zehn Tagen entscheiden, ob es die Kürzung oder die Sistierung des Vertrages hinnimmt. Die jetzige Regierung hat rund 15.000 Mitarbeiter mit hohen Honoraren unter Vertrag eingestellt, die keinen Beamtenstatus geniessen.

Die Kürzung der Ruhegehälter hat sich erwartungsgemäss als das umstrittenste Sparprogramm herausgestellt. Allianzpolitiker unter der Führung des UCR-Vorsitzenden Raúl Alfonsín beanstandeten diese Kürzung und stellten ein Alternativprogramm vor, das sicherlich im Kongress behandelt werden wird. Danach sollen die Ruhe- sowie die Beamtengehälter erst ab $ 1.000 im Monat gekürzt werden. Der Fehlbetrag soll mit der Benzinsteuer, deren 10prozentige Senkung rückgängig gemacht werden soll, mit 4% der Arbeitgeberbeiträge, die nicht gegen die MwSt. und die Gewinnsteuer kompensiert werden sollen, mit der Wiederherstellung der vorherigen Freigrenzen der persönlichen Gewinnsteuer und möglicherweise anderen Quellen finanziert werden. Ob der Kongress diese Vorschläge gutheisst und die Exekutive sie nicht vetiert, bleibt abzuwarten. Die Diskussion hierüber wird die politische Szene der nächsten Wochen beherrschen.

Waghalsige Schätzungen der Steuereinnahmen

Das Nulldefizit beruht zunächst auf Schätzungen im dritten Quartal, die Minister Cavallo in seiner Ansprache im Banco de la Nación mitteilte. Danach sollen $ 3,73 Mrd. im Juli an Steuern eingehen, zuzüglich $ 1,36 Mrd. Beteiligungssteuern für die Gliedstaaten, die nicht zu kürzen sind, zusammen $ 4,9 Mrd. Das wäre so viel wie $ 674 Mio. mehr, gleich 15,9% Zuwachs gegenüber dem Steuerertrag von $ 4,22 Mrd. im Juli 2000 und 6,8% mehr als im Juni 2001, als $ 4,58 Mrd. eingingen. Unter der obwaltenden Rezession, gepaart mit gewaltigen Zinshaussen als Folge der letztwöchigen Finanzkrise, die auf die Bezahlung der Steuern abfärben, erscheinen die Schätzungen derartiger Einkommenszunahmen als waghalsig.

Von den Einnahmen ohne die Beteiligungssteuern werden die Zinszahlungen von $ 603 Mio. im Juli abgezogen, ebenso die Rückerstattung von $ 108 Mio. gekürzten Sozialleistungen, die Präsident de la Rúa vorschrieb, so dass ein Betrag von $ 2,37 Mrd. verblieb, auf den sich die Kürzung von $ 301 Mio. bezog. Das ergibt besagte 13% im Juli, die im August auf 14% zunehmen und im September auf 12% fallen, weshalb das Quartal durchschnittlich 13% Einsparung ergibt. Diese Übung schliesst mit Nulldefizit in jedem der drei Monate ab.

Was geschehen mag, wenn die Steuereinnahmen niedriger als veranschlagt ausfallen, bleibt abzuwarten. Laut Nulldefizit müssten entweder einige Ausgaben sistiert oder die Kürzungen angehoben werden oder beides. Geht die Rechnung im dritten Quartal wie gewünscht auf, dann bleibt abzuwarten, wie sich das letzte Quartal verhält. Der Sparquotient mag zu- oder abnehmen, je nachdem ob mehr oder weniger Steuern eingehen und andere Einsparungen sich kassenmässig niederschlagen.

Die kommende Staatsreform

Das Nulldefizit besagt mitnichten, dass künftig keine Staatsausgaben gesenkt werden dürfen, sondern es wird gleichsam wie ein Ausgangspunkt dienen, damit das echte Sparprogramm durchgreift. Die Regierung wird sich von jetzt an bemühen, überflüssige Ausgaben zu streichen, ganze Amtsstellen aufzulösen, wofür das Ermächtigungsgesetz bis März 2002 ohne Zustimmung des Kongresses wirksam ist, und Personal abzubauen. Diesbezüglich verkündete Präsident de la Rúa am vergangenen Sonntag, dass keine Beamten zu entlassen sind. Anstelle geringerer Beamtenzahl bei gleichen Gehältern der verbleibenden Beamten, wurden vorerst deren Gehälter um 13% gekürzt, aber keine Beamten entlassen. Eine echte Staatsreform, wie sie die Regierung im Visier hat, wird nicht umhin kommen, überflüssige Beamten zu entlassen und zu entschädigen. Zwei Ämter, das Schiedsgericht der Staatsbauten und das Schätzungsamt für Immobilien, werden aufgelöst, wie es die präsidentielle Richtlinie vorschrieb.

In der nationalen Verwaltung werden gegenwärtig 417.002 Beamte entlohnt, davon 249.030 Zivilbeamte und Militärpersonal, 102.726 Universitätsprofessoren, 33.619 Verwaltungspersonal der Universitäten, 10.484 Mitarbeiter des Kongresses und 20.243 Justizbeamten. Zusammen mit über 1,3 Mio. Beamten in den 24 Gliedstaaten und über 400.000 der Gemeinden, gelangt man auf fühlbar mehr als zwei Millionen Beamten der argentinischen Staatsverwaltung. Das ist mehr, als die Wirtschaft verkraften kann, zumal die Gehälter der meisten Beamten höher sind als die der privaten Angestellten und sie ungleich weniger leisten.

Nulldefizit in den Provinzen

Der Konsens über das Nulldefizit betrifft nicht nur die nationale Staatsverwaltung, die bereits seit Juli Nulldefizit ausweist, sondern auch die Provinzen und die Stadt Buenos Aires sowie die 2.200 Gemeinden im ganzen Land.

Die Provinzen standen bisher mit einem gesamten Fehlbetrag von $ 2,7 Mrd. für 2001 in der Kreide, die inzwischen auf über $ 3,0 Mrd. angewachsen sind. Alle Gliedstaaten sollen spätestens in einem Jahr Nulldefizit ausweisen, Cavallo dixit.

Der Wirtschaftsminister erwähnte in seiner Rede im Banco de la Nación die Stadt Buenos Aires und die Provinzen San Luis, Santiago del Estero, La Pampa und Santa Cruz mit ausgeglichenen Finanzen, wobei die beiden letzten geringfügige Defizite ausweisen. Ferner befinden sich die Provinzen Río Negro, Catamarca, Córd-

oba, Santa Fe, Mendoza und Tucumán auf bestem Wege, ihre fallenden Defizite auszumerzen.

Die verbleibenden Provinzen, allen voran Buenos Aires, werden durchgreifende Sparmassnahmen einführen, damit sie in Jahresfrist ebenfalls ausgeglichene Finanzen vorzeigen können. Hierfür soll ein Treuhandfonds dienen, der mit $ 1,0 Mrd. aus vorzeitigen Gewinnsteuerleistungen der Banken und einiger privatisierter Gesellschaften, die öffentliche Dienste leisten, gespeist werden wird. Diese Beträge dürfen erst 2003 und 2004 angerechnet werden. Die lokalen Banken bestreiten $ 500 Mio, Repsol-YPF $ 150 Mio. und die Telefongesellschaften ebenfalls $ 150 Mio., so dass $ 200 Mio. noch aufzubringen sind. Diese Vorleistungen werden nicht verzinst, weil sie sonst eine Defizitfinanzierung wären, die mit dem Nulldefizit unvereinbar ist.

Der Treuhandfonds wird von je zwei Vertretern der justizialistischen und Allianz-Gouverneuren bzw. der Nationalregierung, insgesamt deren sechs, verwaltet werden, damit die defizitären Provinzen konkrete Sparmassnahmen durchführen. Jede Provinzregierung wird nach eigenem Ermessen bestimmen, wie sie vorgeht. Sie kann Gehälter kürzen, einen Teil der Gehälter mit Bonds bezahlen wie die Provinz Buenos Aires mit den neuen Patacones, Subventionen sistieren, Ministerien und Staatsstellen abbauen, Personal in den Ruhestand entlassen wie Córdoba mit 10.000 Beamten, oder sonstwie Ausgaben einsparen und Steuern eintreiben. Das gemeinsame Ziel ist das Nulldefizit spätestens Mitte 2002. Gleiches gilt für die defizitären Gemeinden, um die sich jeweils die Provinzregierungen kümmern müssen, die sie mit Beteiligungssteuern am Hebel halten.

Andere Massnahmen

Mit der Verkündung des Nulldefizits hat Präsident de la Rúa am vergangenen Sonntag das Kabinett öffentlich angewiesen, mehrere Reformen in die Wege zu leiten. So sollen die Prozesse der Rentner gegen die Sozialverwaltung Anses vermieden werden, die laufend zu gerichtlichen Ansprüchen führen. Sie werden dann gelegentlich mit Konsolidierungsbonds, genannt Bocon, abgegolten, die den Schuldenberg vermehren. Es geht hier um gewisse Interpretationen der Feststellung der Renten, vielfach bezogen auf Indexierungsklauseln, die zwar laut Konvertibilitätsgesetz von 1991 null und nichtig sind, aber immer noch von der Justiz als gültig anerkannt werden.

Die Sonderrenten für über 70jährige Menschen ohne legalen Rentenanspruch von $ 100 im Monat, die im Vorjahr beschlossen wurden, sollen verwirklicht werden. Die gesetzlichen Unvereinbarkeiten zwischen Rentnern und Beamten sollen durchgesetzt werden.

Die Steuerhinterziehung soll wirksam bekämpft werden, ohne dass der Präsident dieses Mal seine vorjährige Empfehlung wiederholte, dass hierfür private Hilfe herbeigezogen werden muss. Minister Cavallo bestätigte im Banco de la Nación die sattsam bekannten Drohungen gegen Steuersünder, die als Delinquenten bezeichnet werden, was diese mit einem süffisanten Lächeln zur Kenntnis zu nehmen pflegen. Die Steuerbehörde verfügt mitnichten über die modernste Technologie, um den Steuerhinterziehern auf die Spur zu kommen, wie es Cavallo behauptete, dem das Steueramt offensichtlich vorgaukelt, dass es mit den traditionellen Methoden ohne private Hilfe auskommt.

Die Finanzierung der Kapitalfälligkeiten

Das Nulldefizit bezieht sich auf die Nettoneuverschuldung der öffentlichen Hand, die kassenmässig verschwindet, wenn die Staatsverwaltung nur mit den echten Einnahmen lebt. Die Ausgaben von Bocon-Bonds sowie die aufgeschobenen Zinsen des Megatausches heben die Staatsschulden indessen weiterhin an, ohne die Kassen vorerst zu belasten. Ebenso vermehren sich die Staatsschulden, wenn Bonds in anderen Währungen, umgerechnet in Dollar bzw. Pesos, als Folge der Aufwertung zunehmen, ebenso wie die Schulden fallen, wenn diese Währungen wie seit 1998 abgewertet werden.

Indessen müssen die Fälligkeiten der Staatsschulden weiterhin refinanziert werden, bis eventuell Überschüsse anfallen, um sie ohne neue Schuldpapiere zu begleichen. Auch die Erlöse aus Privatisierungen von Staatsaktiven sollten dem Schuldenabbau dienen, doch der nationale Staat besitzt nur noch Restaktien sowie einige Objekte, wie den Banco de la Nación, die BICE, die Atomwerke und wenige mehr, die nicht zur Privatisierung ausstehen. Anders verhält es sich in einigen Provinzen, allen voran Córdoba, deren E-Werk, Provinzbank und Lotterie demnächst privatisiert werden, so dass Schulden beglichen werden können.

Unterdessen muss das Schatzamt im zweiten Quartal 2001 U$S 8,3 Mrd. an Kapitalfälligkeiten begleichen. Davon entfallen U$S 4,0 Mrd. auf Bonds, die mit Geldern der sogenannten Panzerung („blindaje“), lies des Währungsfonds, der spanischen Regierung, der Weltbank, der BID und lokaler Banken, refinanziert werden sollen.

Die kurzfristigen Schatzscheine, genannt Letes, sollen mit einigen Finanzquellen aus dem Rückfluss des Treuhandfonds für die Provinzen und neuen Bonds zuhanden der Rentenkassen AFJP sowie neuen Letes für Restbeträge refinanziert werden.

Für 2002 stehen Kapitalfälligkeiten von rund U$S 16 Mrd. an, ebenfalls U$S 8 Mrd. je Halbjahr, die gelegentlich durch neue Bondsausgaben zu refinanzieren sind. Bis dann muss das Nulldefizit durchgreifen, damit die Zinssätze fallen und Argentinien wieder kreditfähig wird. Sicherlich wird die US-Regierung hier ein gutes Wort bei den Financiers einlegen, sofern das Nulldefizit eisern durchgehalten und erfolgreich praktiziert wird. Präsident George W. Bush sandte bereits einen freundlichen Brief an seinen Kollegen de la Rúa, der diese Unterstützung unterschwellig verlauten lässt, ohne dass das US-Schatzamt mit eigenen Dollarbeträgen beiträgt. Letzteres wird seit der Regierung Bush nicht mehr praktiziert wie vorher unter Clinton.